

Wahlkompass Umweltpolitik

Zur Landtagswahl NRW 2017

Greenpeace fragt –
Spitzenpolitiker aus NRW
antworten



GREENPEACE
Ruhrgebiet



© Bernd Arnold / Greenpeace

Liebe Bürgerinnen und Bürger in NRW,

Greenpeace hat den Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der 5 stärksten politischen Parteien in NRW, die sich bei den Landtagswahlen am 14. Mai 2017 zur Wahl stellen, ganz konkrete Fragen zum Thema Umwelt gestellt. Die Ergebnisse sind im "Wahlkompass Umweltpolitik" zusammengefasst. Einige Antworten sind sehr klar, andere sehr ausweichend. Beides ist aufschlussreich.

Der Schutz von Klima und Umwelt ist kein Luxus, sondern die Grundlage unseres Lebens und Wirtschaftens überhaupt. Machen Sie sich mit dem „Wahlkompass NRW“ selbst ein Bild.

Wer noch nicht weiß, wo das Kreuzchen landen soll, kann nun den Greenpeace-Wahlkompass für Nordrhein-Westfalen zu Rate ziehen.

Freundliche Grüße,
Ihre Greenpeace-Gruppen aus NRW

Kohleausstieg

Frage 1: Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie in NRW einleiten, um einen bundesweiten Kohleausstieg voranzutreiben?



Braunkohle, wie sie in NRW in drei riesigen Tagebauen abgebaut wird, ist der klimaschädlichste aller Energieträger. In keinem anderen Land der Erde wird so viel Braunkohle abgebaut und verfeuert wie in Deutschland. Um seinen Beitrag zum Erreichen des 1,5° Ziels zu leisten, muss der Kohleausstieg in Deutschland bis spätestens 2030 abgeschlossen sein.



Kraft: Wir treiben den Ausbau der Regenerativen, den Netzausbau und die Speicherforschung voran. So werden wir die fossile Stromerzeugung Zug um Zug ersetzen. Ein kompletter Kohleausstieg kann aber erst dann erfolgen, wenn die Energieversorgung sicher und bezahlbar gewährleistet ist.



Laschet: Aus Gründen der Versorgungssicherheit halten wir so lange an effizienten Formen der fossilen Energieerzeugung fest, wie dies für eine sichere und bezahlbare Versorgung notwendig ist. Wir stehen daher zu den Energieträgern Gas und Braunkohle, um eine jederzeit sichere und bezahlbare Stromversorgung zu garantieren.



Löhrmann: Für Klimaschutz und Region ist der Kohleausstieg nötig: In NRW mit einem Kohlestromanteil mit mehr als 70% ist das nicht leicht, aber in den nächsten 20 Jahren möglich. Wir brauchen dafür jetzt einen Konsens auf Bundesebene, u.a. mit einem verbindlichen Fahrplan.



Lindner: Dies sollte nicht von der Politik entschieden werden, sondern durch marktbasierende Instrumente zum Klimaschutz wie dem europäischen Emissionshandel. Kohle sorgt für eine sichere und bezahlbare Stromversorgung und wird noch lange gebraucht, da Erneuerbare sie noch nicht ersetzen können.



Demirel: Wir wollen einen Fahrplan zum sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle und die Abschaltung des letzten Kohlekraftwerks bis 2035. Bis 2040 sollen 100 % des Bruttostromverbrauchs erneuerbar sein - aber nicht auf dem Rücken der Belegschaften. Hierzu machen wir verschiedene Vorschläge.

Subventionen für fossile Energien

Frage 2: Sind sie dafür, Subventionen und öffentliche Investitionshilfen für fossile Energieträger und Industrien schnellstmöglich zu beenden?



Deutschland hat bereits im Jahr 2009 beim G20-Gipfel in Pittsburgh einen Beschluss gezeichnet, alle Subventionen für fossile Energieträger zu beenden. Doch noch immer wird z.B. der Abbau von Braunkohle durch zahlreiche Vergünstigungen wie die Befreiung von Förderabgaben und Wasserentnahmeentgelten stark subventioniert.



Die Steinkohlesubventionen laufen planmäßig 2018 aus. Der Umbau der Industrie zu nicht-fossiler Produktion braucht Zeit und auch öffentliche Unterstützung. Stahl aus China ist klimaschädlicher als Stahl aus Duisburg, durch carbon-leakage wird der Klimawandel nicht aufgehalten.



Keine Antwort



Ja.



Wir wollen Subventionen in sämtliche ausgereifte Energietechnologien beenden.



Fossile bekommen laut IWF weltweit mehr Subventionen als Geld in den Gesundheitssektor fließt. Die Energiewende dagegen wurde über die EEG Umlage finanziert - für einkommensschwache Haushalte stark belastend. Subventionen und Investitionshilfen für Erneuerbare, nicht für Fossile! Wir wollen einen Fahrplan zum sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle bis 2035.

Diesel und Luftqualität

Frage 3: Die Luftverschmutzung in vielen NRW-Städten ist ein enormes Gesundheitsproblem. Wie wollen Sie die Konzentration von Stickoxiden in der Stadtluft reduzieren?



Das Luftproblem vieler Städte in NRW ist ein Dieselpromblem. Schmutzige Diesel sind die Hauptursache für Stickoxide in der Stadt. Das Reizgas verursacht in Deutschland jährlich mehr als 10.000 vorzeitige Todesfälle. Um die Luft rasch zu verbessern und die Gesundheit der Menschen zu schützen, müssen die schmutzigsten Diesel aus besonders belasteten Stadtteilen gehalten werden. Das beste Werkzeug hierzu ist die blaue Plakette.



Die NRWSPD wird die Kommunen bei der Erstellung ihrer Luftreinehaltepläne aktiv unterstützen. Dazu gehören: Umstellung der Citybusflotten auf E-Antrieb, Elektrifizierung von Schienenstrecken, City-Logistik-Konzepte, Bau von Radschnellwegen, Programm „Zukunft Stadtgrün“.



Wir wollen die Konzentration von Stickoxiden in der Stadtluft reduzieren, indem wir die Attraktivität des Öffentlichen Nahverkehrs in der Stadt erhöhen. Der urbane Raum, ländliche Regionen und städtische Randlagen müssen zeitgemäß durch Bus und Bahn erschlossen werden.



Hauptverursacher für Grenzwertüberschreitungen ist der Straßenverkehr. Daher wollen wir Fahrverbote für alte Diesel in stark belasteten Innenstädten prüfen, denn die menschliche Gesundheit hat Vorrang. Außerdem wollen wir mehr emissionsarme Antriebe, einen verbesserten ÖPNV und mehr Rad- und Fußverkehr.



Speziell in verkehrlich hoch belasteten Innenstädten müssen emissionsarme Verkehrsmittel verstärkt zur Anwendung kommen. Omnibusse, Service-Fahrzeuge und Lieferverkehre können durch alternative Antriebe viel dazu beitragen, dass die Luft besser wird.



Eine deutliche Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs hilft auch, den motorisierten Individualverkehr zu vermindern. Unser Ziel ist der solidarisch finanzierte, fahrscheinlose ÖPNV. Wir wollen keine Neuzulassungen mehr für Dieselfahrzeuge im motorisierten Individualverkehr.

Nitratbelastung

Frage 4: NRW gehört zu den Bundesländern mit der höchsten Nitratbelastung. Welche konkreten Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um die Belastung zu senken?



Nitrat gelangt aus der Gülle ins Grund- und Oberflächenwasser. Trinkwasser muss verbunden mit hohen Kosten und Aufwand aufbereitet werden. Greenpeace fordert eine Beschränkung der Nitratüberschüsse. Dies bedeutet einen Abbau der Massentierhaltung.



Die NRWSPD hat auf Bundes – und Landesebene die Novelle der Dünge-Verordnung maßgeblich vorangetrieben. Nun können die Stoffströme besser nachvollzogen werden. Ein wichtiger Schritt um in den nitratbelasteten Regionen dauerhaft die Nährstoffüberschüsse zu mindern.



Dem Schutz des Trinkwassers gilt unser besonderes Augenmerk, welches wir vor Gefährdungen schützen müssen. Dies soll ohne Überregulierung und mit mehr Miteinander erreicht werden. Wir werden die Wasserkooperationen zwischen Landwirtschaft und Wasserwerken stärken und schrittweise auf das gesamte Land ausdehnen.



- Abgabe auf Gülle und andere stickstoffhaltige Produkte
- Nitratreinträge in Gewässer überprüfbar minimieren
- flächendeckende gewässerschonende Landbewirtschaftung
- Güllelagerstätten mit baulichen Auffanganlagen versehen
- Humusgehalte der landwirtschaftlichen Flächen erhöhen



Die Düngerausbringung hat fachgerecht zu erfolgen, um Belastungen des Ökosystems zu verhindern, und ist selbstverständlich von der Landwirtschaftskammer zu kontrollieren. Wir Freie Demokraten setzen uns zudem für ein praktikables und bewegliches Düngerecht ein.



Konventionelle Landwirtschaft zerstört die Grundlagen der Erzeugung unserer Nahrungsmittel und vergiftet unser Wasser. Wir streben die vollständige Umstellung auf ökologische Landwirtschaft an, wollen Tierhaltung an Fläche koppeln um Überdüngung zu vermeiden.

CETA

Frage 5: Sind sie dafür, dass NRW im Bundesrat gegen die Ratifizierung von CETA stimmt?



CETA, das Handelsabkommen zwischen EU und Kanada, greift das Vorsorgeprinzip und ökologische Standards an. Die EU hat CETA zugestimmt. Damit es vollständig in Kraft tritt, müssen alle EU-Mitgliedsstaaten zustimmen: Bundestag und Bundesrat. Greenpeace fordert, CETA zu stoppen!



SPD

Die NRWSPD wird auf Regierungs- und Parlamentsseite in einem geordneten Verfahren zum erforderlichen Zeitpunkt prüfen, ob die nun vorliegenden Bestimmungen zu CETA im Sinne der Menschen in NRW sind und wirtschaftliche Macht regulieren.



CDU

Nein, ganz im Gegenteil. Als Exportland profitiert Nordrhein-Westfalen vom Freihandel. Daran hängen tausende Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das Handelsabkommen mit Kanada setzt in vielem Maßstäbe. Nordrhein-Westfalen muss daher im Landesinteresse der Ratifizierung zustimmen.



B90/Grüne

Für uns steht fest, dass CETA in seiner aktuellen Fassung nicht zustimmungsfähig ist. Es hätte zahlreiche negative Auswirkungen auf unsere Standards und schwächt Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Klageprivilegien für Unternehmen zwischen Industrieländern sind unnötig.



FDP

Die Freien Demokraten NRW setzen sich für klare und transparente Regeln im internationalen Handel und gegen unfaire Handelsbarrieren ein. Die Umsetzung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Kanada unterstützen wir deshalb.



Die Linke

Ja, DIE LINKE in NRW unterstützt die Volksinitiative gegen CETA & TTIP. Standards für die Zulassung von Biotechnologie würden sinken, Grenzwerte würden unter Druck geraten. CETA gefährdet bestehende Umweltstandards und schränkt Umweltgesetzgebung für die Zukunft erheblich ein.

Bildung und nachhaltige Entwicklung



Frage 6: Sind Sie dafür, Zukunftsbildung im Sinne von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) umzusetzen, und wenn ja, was würden Sie konkret dafür tun?

Zukunft wird mit Bildung gemacht! Für eine klimaverträgliche und friedvolle Zukunft brauchen wir einen Kulturwandel unserer Denk-, Lebens- und Wirtschaftsweisen. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) ermächtigt, sich selbst und Gesellschaft in diesem Sinne verändern zu können. Greenpeace fordert BNE strukturell und verbindlich im Bildungssystem zu verankern.



Die NRWSPD wird auch weiterhin die von ihr mitarbeitete Strategie "Bildung für nachhaltige Entwicklung – Zukunft lernen NRW" (2016-2020) unterstützen. Dies gilt insbesondere für die BNE-Leitprojekte wie Schule der Zukunft, Verbraucherbildung im Unterricht oder Klimaschutz.



Das Thema Nachhaltigkeit ist bereits Bestandteil verschiedener Unterrichtsfächer. Wir möchten zunächst die bestehenden Programme und Schritte auf eine gesicherte Basis zu stellen. Hierzu haben wir in den letzten Jahren gerade in der Verantwortung vor Ort vieles erreicht.



Wir wollen BNE systematisch ausbauen, innerhalb der Strukturen des Bildungswesens deutlicher erkennbar machen und auch außerschulisch stärken. Die BNE-Zertifizierung von Bildungseinrichtungen werden wir vorantreiben und eine Beratungs- und Unterstützungsstruktur fördern.



Die Einbindung von Themen zur Bildung für nachhaltige Entwicklung in den Unterricht erfolgt regierungsübergreifend bereits seit Jahren. Wichtig ist der FDP die Beachtung des verbindlichen Kontroversitätsgebots und Überwältigungsverbots bei politischer Bildung.



Sie kann helfen, dass Folgen von Neoliberalismus und Globalisierung stärker in den Blick genommen werden. Die Ausbeutung der sogenannten "Dritten Welt" muss in der Schule thematisiert werden und eine Auseinandersetzung mit einer gerechten Weltwirtschaftsordnung stattfinden.

AKW Tihange und Doel

Frage 7: Wird sich Ihre Partei für eine Schließung der belgischen Hochrisikoreaktoren Tihange und Doel in der nächsten Legislaturperiode einsetzen und wenn ja, wie wollen Sie dies erreichen?



Unfälle in Atomkraftwerken in den Nachbarstaaten können große Gefährdungen für die Menschen in NRW bedeuten. Der deutsche Atomausstieg ist nicht vollständig, solange in Lingen und Gronau noch Kernbrennstoffe gefertigt werden. Greenpeace fordert einen europaweiten Atomausstieg und die Beendigung der Kernbrennstoffherstellung in Deutschland.



Ja. Wir setzen die Gespräche mit den belgischen Akteuren fort, unterstützen die Städteregion Aachen bei Ihrer Klage gegen den Kraftwerksbetrieb und drängen die Bundesregierung weiter zu allen rechtlich und politisch möglichen Maßnahmen, um die Reaktoren stillzulegen.



Wir fordern die Sicherheit kerntechnischer Anlagen in unseren Grenzregionen. Wir werden mit Belgien Gespräche mit dem Ziel der vollständigen Abschaltung maroder Kernkraftwerke aufnehmen. Wir streben ein Abkommen an, das für den nuklearen Ernstfall ein länderübergreifendes Katastrophenschutzkonzept festlegt.



Wir Grüne unterstützen die atomkritischen Aktivitäten. Wir fordern von der Bundesregierung, sich gegenüber der belgischen Regierung mit Nachdruck für die Stilllegung der Reaktoren einzusetzen. Die NRW-Landesregierung hat sich bspw. durch den Beitritt zur Klage der Städteregion Aachen dafür eingesetzt.



Wir Freie Demokraten fordern die belgische Regierung auf, den Pannen-Reaktor Tihange unverzüglich vom Netz zu nehmen. Darüber hinaus muss die Sicherheit von Kernkraftwerken nach europaweit einheitlichen Standards von der EU-Kommission beurteilt werden.



DIE LINKE unterstützt die Proteste in Deutschland und in Belgien gegen den Weiterbetrieb der beiden Reaktoren. Die Anlagen in Lingen und im nordrheinwestfälischen Gronau sind sofort zu schließen. Kein Export von Brennelementen nach Belgien, keine Atomtransporte durch NRW.



In Nordrhein-Westfalen gibt es 17 ehrenamtliche Greenpeace-Gruppen, in denen sich Menschen aller Altersklassen und Berufsgruppen für Umweltschutz engagieren.

Wir unterstützen viele überregionale und internationale Greenpeace-Kampagnen, -Themen und -Projekte. Dabei kämpfen wir für den Erhalt der letzten Urwälder, für erneuerbare Energien, protestieren gegen Gentechnik im Essen oder die Ausbeutung der Meere.

Wir freuen uns immer über Verstärkung in unseren ehrenamtlichen Gruppen. Diese gibt es in Aachen, Bielefeld, Bochum, Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Kleve, Köln, Krefeld, Minden-Bünde, Münster, Paderborn, Siegen, Wesel, und Wuppertal. Oft gibt es dort auch besondere Angebote für Jugendliche und Ehrenamtliche ab 50 Jahren. Schaut bei Interesse einfach auf den Internetseiten der Gruppen vorbei oder besucht uns bei Facebook.

Fördern sie unser Engagement:

Greenpeace nimmt keine Gelder von Unternehmen, Parteien oder vom Staat. Das Engagement der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Greenpeace-Mitglieder ermöglichen ausschließlich private Spender und Fördermitglieder durch Ihre finanzielle Unterstützung. Infos, wie sie die Aktivitäten von Greenpeace finanziell unterstützen können, finden Sie hier: www.greenpeace.de/spenden

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Mehr als eine halbe Million Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.

Impressum Greenpeace Ruhrgebiet, Alsenstraße 27, 44789 Bochum **Redaktion** Patrick Duckstein, Johann Döllscher, Tobias Hasenkamp **V.i.S.d.P** Tobias Hasenkamp, info@bochum.greenpeace.de
Fotos Bernd Arnold; Marcus Meyer; Philip Reynaers; Greenpeace Deutschland; Greenpeace Köln; Greenpeace Bochum; Greenpeace Essen; SPD-Landtagsfraktion NRW: Lizenz Public Domain; DIE LINKE. NRW: Lizenz CC BY-SA 2.0; Olaf Kosinsky: Lizenz CC BY-SA 3.0 DE; FileUploadBot (MagnusManske): Lizenz Creative Commons Attribution 2.0 Generic; Martin Kraft (photo.martinkraft.com): Lizenz CC BY-SA 3.0 via Wikimedia Commons, siehe: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de> **Gestaltung** von Greenpeace Ruhrgebiet **Stand** 05/17

Wir freuen uns immer über eine Spende an Greenpeace e.v.:
GLS Gemeinschaftsbank eG, BLZ 430 609 67, KTO 33400

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier